Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

19.11.1874 (No. 270)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nro. 270. Erscheint täglich (Montag ausgen.). Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. Donnerstag 19. November Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. 1874.

PC. Deutscher Reichstag.

(Schluß).

Nach Ablehnung eines Vertagungsantrages folgt

III. Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Steuerfreiheit des Reichseinkommens.

Der einzige Paragraph des Entwurfs lautet:

„Das Reich darf zu den auf das Einkommen gelegten Abgaben (Einkommensteuern) nicht herangezogen werden. Vorstehende Bestimmung findet auch auf Abgaben Anwendung, welche für die Vergangenheit in Anspruch genommen werden."

Der Präsident des Reichskanzleramtes, Dr. **Delbrück**, leitet die Debatte über diesen Gesetzentwurf mit einigen Bemerkungen ein. Er glaubt von einer längeren Begründung desselben absehen zu dürfen, da der Entwurf kurz und klar sei. Zudem wolle die Regierung durch denselben nicht ein neues Recht schaffen, sondern nur das bestehende Recht gegen Controversen sicher stellen und in der vorliegenden Materie einen zweifellossen Rechtszustand schaffen. Denn da eine Verpflichtung des Reichs zu Zahlung von Communalsteuern nicht bestehe, solle diese Vorlage constatiren, daß der Reichstag das Reichseinkommen nicht als Gegenstand der Besteuerung seitens der Einzelstaaten oder Communen wolle, wie dies bereits im § 1 Absatz 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der zum dienstlichen Gebrauch einer Reichsverwaltung bestimmten Gegenständen bestimmt sei. Eine andere Auslegung sei factisch unbegründet und auch mit dem Staatsrechte und der Souverainetät nicht in Einklang zu bringen. Wenn nun die Reichsregierung den Weg der Gesetzgebung betrete, so geschehe das um einzelnen Communen, die den Versuch gemacht, das Reichseinkommen zu besteuern, durch dieses Gesetz zu erklären, daß sie im Unrechte sind. Eine Entscheidung des Reichskanzleramtes würden die Communen für einen Eingriff in ihre Rechte halten, eine höhere Instanz als das Gesetz giebt es aber nicht.

Abg. **Grumbrecht** kann sich mit dem Gesetze nicht einverstanden erklären, weil es dem vom Reichskanzeramtspräsidenten bereits genannten Gesetze widerstreite. Kurz sei freilich das Gesetz, aber es habe eine desto größere Tragweite. Daß die Einzelstaaten das Reichseinkommen nicht besteuern, verstehe sich von selbst, und wenn dieselben auch in den Motiven angeführt seien neben den Communen, so bleibe die Besteuerung seitens der Commune doch die Hauptsache. Der Commune aber vindicire er das Recht zur Besteuerung, denn die Commune habe für ihre Steuern ein ganz anderes Princip als der Staat, sie stelle Leistung gegen Leistung, was beim Staate nicht der Fall sei. Redner entwickelt dann in längerer Ausführung dieses Besteuerungsprincip, indem er zur Erheiterung des Hauses u. A. ausführt, daß die Reichstagsmitglieder die Berliner Trottoirs auch benutzen, und schließt mit der Bitte das Gesetz entweder abzulehnen oder wenigstens zur Vorberathung an eine Commission zu verweisen.

Abg. **v. Puttkamer** (Lyk): Der Gedanke, das Einkommen des Reichs zu besteuern, sei ihm ganz neu vorgekommen, gleichsam als eine Monstrosität. Er an Stelle der Reichsregierung würde die Vorlage gar nicht eingebracht und sich auf die Discussion mit den einzelnen Gemeinden, welche Ansprüche an die Reichscasse gemacht haben, beschränkt haben. Da aber einmal die Vorlage da sei, müssen auch die politische Bedeutung derselben und ihre praktischen Consequenzen in Erwägung gezogen werden. Im weiteren Verlaufe seiner Rede setzt Redner auseinander, daß die Communalsteuer auf der Gemeindeangehörigkeit beruhe, und daß die Frage, wer Gemeindeangehöriger sei, vom Gesetze entschieden werde müsse.

Ein wiederholter Antrag auf Vertagung der Sitzung wird angenommen.

Schluß der Sitzung 4 Uhr 20 Minuten.

Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr Vormittags. Tagesordnung; I. Erste Berathung des Bankgesetzentwurfs. II. Fortsetzung der heutigen Debatte über die Besteuerung des Reichseinkommens. (Präsident **v. Forckenbeck** hatte vorgeschlagen, auf die nächste Tagesordnung als ersten Gegenstand die Fortsetzung der Debatte über die Besteuerung des Reichseinkommens zu setzen. Abg. Dr. **Lasker** wünscht aber, daß das Bankgesetz, von dem vorzüglich die Dauer der Session abhänge, an erster Stelle in Berathung genommen werde, damit er nicht durch weitläufige theoretische Erörterungen über den Besteuerungsentwurf beeinträchtigt werde. Präsident und Haus willfahren dem Wunschen).

PC. **Berlin**, 16. Nov. „Reichsbank" hieß die Axe, um welche sich die fast fünfstündige Discussion der heutigen Reichstagssitzung drehte. Die Frage, ob eine Centralbank für das ganze Reich errichtet werden solle oder nicht, bildete den Kern der drei langen Reden, der mit mancherlei mehr oder minder interessanten Excursionen auf das übrige Gebiet unserer Finanz- und Münzpolitik umhüllt war. Die nationalliberale, die conservative und die freiconservative Fraction hatten sich dahin verständigt, daß sie schon bei der ersten Berathung des Entwurfs — gegen den bisherigen geschäftsordnungsmäßigen Usus — eine Entscheidung des Hauses zu Gunsten des Princips der Errichtung einer Reichsbank herbeiführen wollten, und in Folge dessen brachte Abg. Lasker einen dahin zielenden Antrag ein, dessen Zulässigkeit mehr als zweifelhaft erschient. Der Präsident des Reichskanzleramtes Delbrück, eröffnete die Debatte in ruhiger und vorsichtig tastender Weise, indem er die Frage, ob Reichsbank oder nicht, möglichst kurz mit dem Hinweise auf die zahlreichen Schwierigkeiten und den durchaus nicht präjudicirlichen Charakter des Gesetzes abzumachen suchte. Demgegenüber verfocht der Abg. Dr. Bamberger mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, die Idee einer großen, alles beherrschenden, monopolisirten Bank. Die Zahl seiner Gründe war freilich ziemlich dürftig, indem er bloß auf die Analogieen anderer Länder verweisen und die Behauptung aufstellen konnte, daß nur eine Centralbank die nöthige Ordnung und Sicherheit dem Bankwesen geben könnten. Den Schluß der Bamberger'schen Rede mit der dem Fürsten Bismarck im Kassandra-Tone zugeschleuderten düsteren Prophezeiung, daß der Reifen des Reiches springen werde, wenn nicht eine Reichsbank die Schöpfung Bismarcks zusammenhalte, konnte man doch kaum als ernstgemeintes Moment in dieser Frage nehmen. Da Dr. Michaelis, der Verfasser des Entwurfs, dem Abg. Bamberger nicht den Gefallen gethan, die Monopolbank hineinzunehmen, so wurde er in ziemlich rücksichtsloser Weise von dem Herrn Abgeordneten kritisirt; er gelangte noch nicht dazu, auf diese Angriffe zu antworten, da zunächst der preußische Finanzminister dem Abg. Bamberger in einer langen Rede replicirte, welche den Rest der Sitzung ausfüllte. Hr. Camphausen sprach heute etwas breit, aber sonst mit gewohnter Schlagfertigkeit und ruhiger Sicherheit. Die Blöße, welche sich Abg. Bamberger, selbst in den Augen seiner Freunde, durch den übereilten Ausspruch gegeben, daß er das Gesetz mit Reichsbank in jeder beliebigen Gestalt annehmen werde, wußte der Finanzminister geschickt zu benutzen, und ebenso drehte er mit vollem Rechte die Behauptung seines Vorredners, daß man zuerst das „ob" und dann erst das nebensächliche „wie" zu entscheiden habe, in das Gegentheil um. Die Camphausen'sche Rede ging darauf hinaus, daß Preußen nur dann in die Umwandlung der preußischen Bank in eine Reichsbank willigen werde, wenn detaillirte Vorschläge gemacht würden, durch welche die preußischen Interessen sowie die Interessen der andern Länder nach Gerechtigkeit und Billigkeit in vollem Umfange gewahrt würden. Nicht ohne Bitterkeit bemerkte der Redner, daß die „Reichsbank" in den Handelskreisen nur eine Maske sei, hinter welcher sich die Opposition gegen das das Notenwesen einengende System der Contingentirung, welches im Entwurfe aufgestellt ist, zu verbergen suche. „Sammeln Sie eine Majorität um eine Sache, nicht um einen bloßen Namen," rief er zum Schlusse dem Hause zu. Morgen soll die Debatte fortgesetzt werden.

PC. **Berlin.** Aus der letzten Sitzung der „Landsturmcommission" wird uns geschrieben: Zum § 3 der Regierungsvorlage waren drei Amendements schließlich vorhanden: 1) der Conservativen, welches lediglich die Regierungsvorlage in anderen Redewendungen enthielt. 2) der Centrumsfraction und Fortschrittspartei, welche die Einschiebung der Landsturmpflichtigen in die Landwehr gänzlich ausschlossen, die Verwendung von Landsturmpflichtigen außerhalb der Reichsgrenzen nur für den Fall der unmittelbaren Verfolgung des besiegten Feindes zulassen wollten. Die Vertreter der Reichsregierung erklärten am Schlusse, daß nur die Completirung der Landwehr durch Landsturmpflichtige den wesentlichen Werth des Gesetzes für sie ausmache. In der Debatte hatten sich die Mitglieder des Centrums, der Forttschrittspartei und die Hälfte der Nationalliberalen also die Mehrheit der Commission gegen Einschiebung von Landsturmpflichtigen in die Landwehr als den § 59 der Verfassung verletzend ausgesprochen. Nach geschlossener Debatte kam ein Antrag auf Vertagung vor der Abstimmung ein und wurde gegen die vier Stimmen des Centrums angenommen. Hierauf wurde die nächste Sitzung auf Samstag den 14., Abend 7 Uhr, vereinbart. Nachdem sich Alles zum Fortgehen anschickte, trat eine Schreiber nicht vernehmbare Conversation einiger Regierungsvertretrr, des Vorsitzenden und, soweit erkennbar, der Nationalliberalen ein, und dann hieß es, die nächste Sitzung werde auf Dienstag den 17. verschoben."

PC. **Berlin.** Die socialdemokratischen Abgeordneten suchten bereits seit Eröffnung des Reichstags die erforderliche Zahl von 15 Unterschriften zu einem auf die Freilassung ihrer gefangenen Collegen Bebel, Hasenclever und Most bezüglichen Antrage. Endlich ist ihnen dies durch die Unterstützung einiger Elsaß Lothringer und einiger Mitglieder des Centrums gelungen. Der Antrag lautet: „Der Reichstag wolle beschießen, den Reichskanzler zu ersuchen:

bei den betreffenden Bundesregierungen dahin zu wirken, daß die inhaftirten Reichstagsabgeordneten Bebel, Hasenclever und Most während der Dauer der Reichstagssession aus der Haft beurlaubt werden. Liebknecht, Hasselmann, Unterstützt durch: Bahlteich, Krüger (Hadersleben), Reimer, Geib, Baron v. Schauenburg, Sonnemann, Guerber, Graf v. Waldburg Zeil, Schroeder (Lippstadt), v. Kehler, Horn, Lang, Köllerer, Rußwurm."

Die Socialdemokraten haben also in Folge der ablehnenden Beschlüsse des Reichstag darauf verzichtet, die Freilassung auf Grund des Art. 31 der Verfassung zu verlangen. Wie sie sich das „Wirken" des Reichstags in dieser Richtung ohne Unterlage einer gesetzlichen Bestimmung denken, ist nicht recht abzusehen. — Ein zweiter, von socialdemokratischer Seite ausgehender Antrag lautet folgendermaßen: „Der Reichstag wolle beschließen:

I. Auf Grund des Art. 31 der Verfassung zu verlangen: daß das vom königlichen Kreisgericht zu Altona gegen den Abg. **Reimer** eingeleitete Gerichtsverfahren wegen „öffentlichen Bettelns", in welcher Angelegenheit ein Termin zum 27. November d. J. festgesetzt ist, für die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode aufgehoben werde; ferner, daß das bei dem königlichen Stadtgericht zu Berlin gegen die Abgeordneten **Hasenclever** und **Reimer** wegen Vergehen gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz eingeleitete Gerichtsverfahren ebenfalls für die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode aufgehoben werde;

II. daß der Herr Reichskanzler ersucht werde, zur Ausführung dieses Beschlusses das Nöthige zu veranlassen.

Bahlteich. Sonnemann. Dr. Minckwitz. v. Grand-Ry. Haanen. Eysold. Dr. Banks. Hoffmann. Traeger. Hauck. Datzl. Lang. Köllerer. Schroeder. (Lippstadt.) Hasselmann. Geib. Liebknecht. Windthorst. Freiherr zu Frankenstein."

---

* Die Wahlen in Nordamerika

sind nun beendigt. Nach telegraphischen und brieflichen Mittheilungen steht fest, daß die Zweidrittelmehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus sich in eine Minorität verwandelt hat und die Demokraten mit einer Mehrheit von 50 Stimmen das Feld beherrschen. Im Senat freilich haben die Republikaner noch eine Mehrheit von **10 Stimmen.** Verschiedene Ursachen haben mitgewirkt, um einen solchen Umschlag der Volksmeinung gegen die Wirthschaft hervorzurufen, als deren Personification der Name Grant galt. Die Schäden der Verwaltung, die Stellenjagd, die Bestechungen und Unterschleife, welche in New York und in den einzelnen Staaten massenhaft vorkamen, erregten mehr oder weniger Aufsehen und Mißstimmung. Die **erwartete** Verminderung der Steuer trat nicht ein; ja anstatt der früheren 70 Millionen Dollars müssen sie jetzt 200 Millionen aufbringen, von den 100 Millionen Zinsen für die Kriegsschuld nicht zu reden. Zudem steht eine neue Steuererhöhung vor der Thüre, weil die 25,000 Mann, aus denen das Heer besteht, sich gegenüber den Unruhen des Südens für unzulänglich erwiesen haben. Das Liebäugeln der bisher herrschenden Partei mit der wenig zahlreichen Klasse der Kapitalisten, die zu Gunsten derselben ergriffenen schutzzöllnerschen Maßregeln und enorme Landschenkungen für Eisenbahnbauten werden nicht gering angeschlagen. Vor allem wird Grant ein bitterer Vorwurf gemacht, daß es ihm nicht gelang, den Süden zu pacificiren. So human und wahrhaft christlich auch die Aufhebung der Sclaverei war, welche die republikanische Partei seit 1856 auf ihre Fahne geschrieben hatte, so hatte doch die **plötzliche** und **unvermittelte** Freigebung der Sclaven ihre große Schwierigkeiten. Das Leben der Sclaven war bei den Pflanzern des Südens lange nicht so drückend, als es schien. Nach der Freilassung zogen sich aber diese Führer der Neger schmollend und grollend zurück, und so verfielen die Sclaven, denen die Regierung auch politische Rechte gab, der Leitung Unberufener.

Es sind die verdorbenen Politiker des Nordens, die berüchtigten Carpetbaggers, von denen Friedrich Kapp in einem Aufsatze der „Literatur" folgende Schilderung entwirft: „Unter Carpetbagger versteht man in des Wortes eigentlicher Bedeutung einen Menschen, der sein ganzes Vermögen in einer Reisetasche (carpetbag) mit sich trägt und bildlich einen Schnapphahn, einen im Norden unmöglich gewordenen politischen Demagogen, der in den Süden zieht, um hier auf ehrlichem Wege, wenn es geht, mit faulen Mitteln, wenn es sein muß, Einfluß, Stellung und Reichthum zu gewinnen. In der Folge überwogen bedeutend die mit faulen Mitteln arbeitenden Carpetbaggers." Im Laufe der Jahre bemächtigte sich dieses Gesindel der einflußreichsten und einträglichsten Aemter, wurde Gouverneur, Oberrichter, Abgeordneter oder gar Senator in Washington, begnügte sich aber auch mit schmäleren Bissen, wenn die fetteren schon hergeben waren, und fraß das Land kahl wie ein Heuschreckenschwarm. Einzelnen Staaten wurden 40, ja 50 und 60 Millionen Dollars Schulden aufgebürdet. Man kann sich nicht wundern, daß dieses schamlose Treiben einen erbitterten Widerstand hervorrief und zu manchen blutigen Aufständen, z. B. in New Orleans, Veranlassung gab.

Eine tiefe Verbitterung war von allem dem die Folge. In gewisser Hinsicht hat die republikanische Partei Nordamerika's Aehnlichkeit mit unsern Liberalen. Ob die demokratische Partei verstehen wird, die Klagen über Bestechlichkeit und Corruption verstummen zu machen, die Steuern zu vermindern, den Süden zu beruhigen und volle Gerechtigkeit gegenüber dem gesammten Volke walten zu

lassen, davon hängt ihre Fähigkeit oder Unfähigkeit, zu regieren, ab. Wenn sie bloß Nichts vergessen und nicht auch Etwas gelernt haben, so wird sie keine lange Dauer ihrer Herrschaft sehen. Die Hoffnung aber, zum dritten Mal sich gewählt zu sehen, muß Grant aufgeben. Als George Washington im Jahr 1797 zum dritten Male gewählt werden sollte, sagte er: „Nein, es ist genug.“ Gut würde Grant thun, seinem Beispiel zu folgen. Diese Mäßigung im Glücke würde ihm den Ruhm eines wahrhaft großen Mannes bei der gesammten Nachwelt eintragen.

* Zur Uebersicht.

— **Marschall Mac Mahon** ist sehr verstimmt über die letzten (republikanisch und bonapartistisch ausgefallenen) Wahlen. Er verlangt nach einem ministère de combat. **Broglie** arbeitet hinter den Coulissen energisch für eine Vereinigung aller conservativen Elemente. Nicht ohne Nutzen dürfte es für ihn sein, daß die Republikaner schon sich von Gambetta und Genossen abwenden und den Fortaeschrittensten unter den Fortgeschrittenen, Naquet, Ordinaire 2c. folgen.

— Der **officiöse Moniteur** schreibt: „Die Depeschen von der Südgränze kündigen den beschleunigten Rückzug der liberalen Truppen Spaniens nach der Entsetzung von Irun an. Wenn sich diese Thatsache bestätigt, so wird sie wieder einmal beweisen, wie wenig die militärische Aktion der madrider Regierung im Verhältniß zu den Empfindlichkeiten der Diplomatie der nämlichen Regierung steht, in so fern es die Pyrenäengränze betrifft. Jedermann begreift, daß die Arbeit der französischen Zollwächter eine sehr einfache sein würde, wenn die spanische Regierung Herrin der Gränze wäre und wenn sie über hinreichende Streitkräfte verfügte, um die Bidasoa zu bewachen. Aber es scheint, daß diese Anstrengung unmöglich ist und Irun in einigen Tagen von Neuem von den Carlisten belagert werden wird. So wird dieser Krieg betrieben; nichts geht vorwärts, und wenn die öffentliche Meinung in Spanien zu lebhaft reclamirt, so sucht man sie dadurch zu beschwichtigen, daß man sagt, es sei die Schuld der französischen Regierung. Der spanischen Einbildungskraft mag dies gefallen; aber das öffentliche Gefühl in Europa würdigt dies, wie es sich gebührt.“ Diese Auslassungen des officiösen Blattes kennzeichnen den Standpunkt des Herzogs Decazes in seiner Antwort auf das spanische Memorandum.

— **Bazaine** wird bis Donnerstag, den 19. c. in Madrid erwartet. Die Nachricht, daß er der spanischen Regierung seine Dienste angeboten habe, wird in Abrede gestellt. Dieses Dementi kann man glauben, muß aber nicht. — Die Truppen des Laserna stehen in St. Sebastian, können sich aber wegen des „furchtbaren Unwetters“ nicht nach Santander einschiffen. Auch berliner officiösen Blättern ist die Unthätigkeit der Republikaner nach ihrem Siege (?) räthselhaft.

In **Wien** bemerkt das alte „Frdbl.“, daß die Krisengerüchte „nimmermehr länger als einen Tag Glauben finden könnten, wenn nicht die Geister auf dieselben vorbereitet wären, wenn nicht in den Gemüthern eine Verstimmung herrschte, die jede Aenderung in gewisser Hinsicht mit Beifall begrüßen würde“. Seit den Mai-Tagen des vorigen Jahres zeige sich der Stern des Ministeriums im Sinken. „Gegenüber der gewaltigsten ökonomische Krise, die seit dem Revolutionsjahre Oesterreich heimgesucht, hat das Ministerium Mangel an Scharfblick, Mangel an Muth verrathen.“ Zum Schluß eines langen Registers der volkswirthschaftlichen Fehler des Ministeriums kann sich das „Frdbl.“ endlich der Einsicht nicht verschließen, „daß das gegenwärtige Ministerium an einem Wendepunkt stehe, der für seine späteren Schicksale entscheidend werden kann“. Kann man sich wohl eine nachdrücklichere Bestätigung und Begründung der Krisengerüchte denken, als diese Ausführungen eines Blattes, welches regierungsfreundlich bis zum Extrem ist? So sagt das „W. B.“

— Aus **Buenos-Ayres** kommt das Gerücht von einem Vergleich zwischen den beiden streitenden Parteien; es könnte so der Bürgerkrieg, welcher schon lange hin- und herwogt, beendigt werden.

— Lord Acton stellt in Abrede, sich an der Gründung einer altkatholischen Gemeinde in **England** betheiligen zu wollen.

— Der Decan Tomaszewsky in Trzemeszno **(Posen)** wurde nach Verbüßung einer einmonatlichen Haft wegen „fortgesetzter Weigerung“, über die Person des apostolischen Delegaten Auskunft zu geben, zu einer weiteren Haft von 6 Monaten verurtheilt.

— Die Nordd. Allg. Ztg. liest den **Wiener Blättern** den Text, weil sie über die **Arnims**-Angelegenheit ihre eigene Meinung zu haben sich erlauben, und die Dictate des Berliner Preßbüreaus verschmähen.

— **Berlin**, 17. Nov. Reichstag. Nachdem das Markenschutz-Gesetz in definitiver Schlußabstimmung angenommen ist, wird die Debatte über das Bankgesetz wiederaufgenommen. Lasker spricht in zweistündiger Rede für Errichtung einer Reichsbank, die alle Reichskassen in sich vereinigen und, wie die Bank von England, alle Fonds umfassen müsse. Im Reichstage begegne die Errichtung einer Reichsbank keinen Schwierigkeiten; ein Bankgesetz bedürfe zwar bei dem Aufgehen der preußischen Bank in eine Reichsbank der Genehmigung des Preußischen Landtags, in einer kurzen Nachsession des Reichstags könne aber ein neues Bankgesetz perfect gemacht werden. Richter (Hagen) spricht für die Vorlage; derselbe weist die Behauptung Lasker's zurück, daß von ihm (Richter) aus politischen Gründen eine Einwirkung auf die Erhöhung des Bankdisconts versucht worden sei; ein solcher Versuch sei von ihm weder bei der französischen Kriegscontribution noch sonst jemals gemacht worden. Nachdem noch Schröder (Lippstadt) für die Vorlage, Sonnemann für die Reichsbank gesprochen, wird die Weiterberathung des Gesetzes auf morgen vertagt.

— Vicar **Joseph Ihringer** von Meersburg ist auf den 18. ds. Mts. vor die Strafkammer in **Constanz** verwiesen wegen „unbefugter Ausübung öffentlicher kirchlicher Functionen.“

In **Meßkirch** ist sicherm Vernehmen nach den Altkatholiken die **Stadtpfarrkirche** ad S. Martinum zur Mitbenützung eingeräumt und die Kaplanei ad S. Catharinam, sowie jene ad S. Georgium überwiesen worden.

Offenburg, 18. Nov. (Telegramm.) Gestern überreichte das hiesige Katholikenkomitee den ehrwürdigen Lehrfrauen eine Adresse, welche das Bedauern über die jüngsten Ereignisse, sowie den Dank für die 54 jährigen Leistungen der Frauen ausspricht.

Deutschland.

* **Karlsruhe**, 17. Nov. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 13. November l. J. gnädigst geruht, den Professor Sigmund Eberstein am Realgymnasium dahier in gleicher Eigenschaft an die höhere Bürgerschule in Eppingen zu versetzen.

Karlsruhe, 17. Nov. Der Staatsanzeiger Nr. 52 vom 16. d. enthält (außer Personalnachrichten):

Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Bekanntmachungen des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen: a. die Bildung der Notariatsdistrikte, die Bestimmung der Notariatssitze und die Anstellung der Notare betreffend; b. die Notariatssitze im Amtsgerichts-Bezirke Eberbach betreffend; c. die Verwaltung der Notariatsdistrikte betreffend. 2) Des Ministeriums des Innern: a. die Verleihung von Stipendien aus dem Rheinbischofsheimer Dispensationsgelder-Fond betreffend; b. die Veranstaltung einer Lotterie durch das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg zu Gunsten des Wiederaufbaues des ehemaligen Augustinerkloster-Gebäudes daselbst, hier die Gestattung des Vertriebs dieser Loose im Großherzogthum Baden betreffend; c. die Apotheken in Karlsruhe betreffend; d. die Ernennung der Bezirksräthe betreffend; e. die Erledigung eines Freiplatzes im weiblichen Lehr- und Erziehungsinstitut in Baden betreffend. 3) Des Handelsministeriums: die Prüfung der Ingenieurkandidaten betreffend.

Der Staatsanzeiger Nr. 53 vom 16. d. enthält militärische Dienstnachnichten.

* **Karlsruhe.** Die Landeszeitung schreibt:

„Bühl, 14. Nov. Die Anmaßung und Unverschämtheit der Ultramontanen grenzt doch nahezu an's Unglaubliche. Nachdem diese Sippe, um das Geläute bei der Beerdigung eines Kindes, dessen Vater Altkatholik ist, zu verhindern, die Schwengel aus den Glocken entfernt, sodann die Eingänge zur Kirche von Innen verrammelt und solche selbst auf die Aufforderung der Vollstrecker des Gesetzes nicht geöffnet hatte, nachdem somit die Ultramontanen Alles gethan, was dem Gesetze und der Staatsgewalt geradezu Hohn spricht, also auch wegen Auflehnung gegen das Gesetz und die Staatsgewalt strafbar ist, hat diese Partei doch noch die grenzenlose Unverschämtheit, gegen den Beamten, der in jeder Beziehung nach dem Gesetze gehandelt und demselben Geltung verschafft hat, eine Anklage wegen Amtsmißbrauchs oder dergleichen bei gr. Staatsanwaltschaft zu erheben.“

Hilf Samiel, hilf! Ja, wenn schildbürgerliche Wuthausbrüche eiligst nach Geschmack und Wunsch einen passenden Gesetzesparagraphen aus dem Boden stampfen könnten, dann wehe der „Unverschämtheit“ der Ultramontanen, die jetzt noch so "anmaßend" sind, die altväterliche Ansicht zu haben, die Gesetze seien nach allen Seiten hin in **gleicher Weise** zu handhaben. **Nach dem klaren Wortlaut der Artikel 2, 3 und 4 des Altkatholikengesetzes war keinerlei objective Berechtigung vorhanden, in diesem Fall das Geläute zu erzwingen. Das ist des Pudels Kern.**

* **Karlsruhe**, 17. Nov. Vor einigen Tagen noch wollte sich die Landeszeitung bei den Narrheiten der Krapulinski's und Waschlapski nicht weiter aufhalten. Doch dieser Vorsatz war nicht von langer Dauer. Schon in der heutigen Nummer ruft sie einen Herrn Prawdzik zu Hülfe, der in der Revue de Belgique den Untergang Polens den Jesuiten aufhalst. Es ist doch gut, für Alles einen Sündenbock zu haben. Die unparteiische Geschichtsschreibung weist freilich auf einen ganz andern Grund hin, als dieses tendenziöse Phantasiestück. Aber warum auch in die Vergangenheit zurückgreifen; die Gegenwart hat ja so lehrreiche und naheliegende Beispiele der Belehrung. Oder sind am End aller End auch die Jesuiten schuld, daß das schöne Spanien an seinem staatlichen, socialen und wirthschaftlichen Ruin angekommen ist? Da haben ganz Andere, als die Jesuiten, aufgehaust.

* **Aus Stühlingen.** Das kathol. Pfarramt hat dem Vorstand der altkatholischen Gemeinde die Mittheilung gemacht, daß vier Mitglieder der letzteren zur römisch-katholischen Kirche zurückgekehrt seien. Jetzt waren sie nach altkatholischer Meldung schon vorher gestrichen, und ist der Ausfall schon mehr als gedeckt. Zu geschehenen Dingen muß man eben das Beste reden.

* **Aus Baden-Baden.** Hier ist Staatsanwalt v. Gulat Bürgermeisteramtscandidat. — Das Ergebniß der zur Erhebung kommenden Curtaxe ist trotz der mit derselben verbundenen Plackereien kein befriedigendes für die Gemeinde. Der Ertrag der Taxe in den beiden letzten Jahren beziffert sich auf 25,000 fl. Die Gemeindebehörde zog hierauf in Erwägung, ob nicht eine andere als die bisherige Art der Erhebung zur Anwendung zu bringen sei. Zur Berathung über diese Angelegenheit wurden letzter Tage die Gastwirthe und Eigenthümer von Miethhäusern vom Bürgermeister eingeladen. Es wurde von der Versammlung der Grundsatz genehmigt, daß die Gasthofbesitzer die Taxe selbst erheben, dagegen in den Miethhäusern die Taxe durch städtische Beamte direkt bei den Miethern erhoben werden soll. Außerdem wurde eine Commission niedergesetzt, welche über die einzelnen Maßregeln zur Durführung dieser Erhebungsart Berathung pflegen und einer wieder zusammenzuberufenden Versammlung einen genauen eingehenden Vorschlag machen soll.

* **Aus Baden.** Der Beschluß des Ortsschulrathes in Sauldorf, wonach dem Pfarrverweser Hämmerle die Ertheilung des Religionsunterrichtes verboten wurde, ist, — wie nicht anders zu erwarten war, durch das Bezirksamt aufgehoben und die Angelegenheit durch die Kreisschulvisitatur in der Weise geregelt worden, daß jeder der beiden Geistlichen in besondern Stunden besondern Religionsunterricht ertheilt. Am Namenstag des Pfarrverwesers Hämmerle gaben die treugebliebenen Katholiken in sinnreicher Weise ihrer Liebe und Verehrung Ausdruck, während die Altkatholiken ihre „aufgeweckte Bürgertugend“ in einer Weise zeigten, wie ein ordentliches Blatt es kaum beschreiben kann.

□ **Aus Baden**, 14. Nov. Fast alle süddeutschen Blätter haben von dem Processe, welcher der „Frankfurter Zeitung“ aus der Besprechung der Rosenfelder Catastrophe erwachsen ist, Notiz genommen. Was sich indeß bei der Verhandlung vor der Strafkammer zu Frankfurt a. M. ergeben hat, ist zu umfangreich, als daß es die Tagesblätter in gehöriger Ausdehnung hätten bringen können. Und doch sind die Ergebnisse des Processes wichtig genug, um von dem gesammten deutschen Volke, vom Palaste bis zur Hütte, gelesen und überdacht zu werden, denn in diesem Falle hat sich eine Rücksichtslosigkeit gegen die Söhne des Volkes gezeigt, deren Wiederkehr auf allen gesetzlichen Wegen entgegengearbeitet werden muß. Es ist daher in unserem Lande, dem die Opfer angehören, vielfach der Wunsch ausgesprochen, daß die Proceßverhandlungen mit allen ihren Einzelheiten in Druck gegeben würden. Die Redaction der „Frankfurter Zeitung“ ist diesem Wunsche bereitwillig nachgekommen und hat die Proceßverhandlungen in einer Broschüre, welche in allen Buchhandlungen um den billigen Preis von

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

12 kr. zu haben ist, herausgegeben. So kann Jedermann Kenntniß davon nehmen, und wenn der Bürger sich über diese Vorgänge genau unterrichten will, möge er diese Schrift in die Hand nehmen.

* **Mannheim.** Die Friedhofsfrage macht immer noch viel von sich reden. Die N. Bad. Lnds. Ztg. erhielt jüngst in diesem Betreff eine Zuschrift. Darin wird u. A. auch Beschwerde darüber geführt, daß das Blatt die Altkatholiken Dissidenten genannt hat. Dazu bemerkt die N. Bad. Lnds. Ztg:

„Wenn die Zuschrift weiter Beschwerde darüber führt, daß die Altkatholiken von uns Dissidenten genannt worden seien, so vermögen wir diese Beschwerde als begründet nicht anzuerkennen. Es kommt uns nicht in den Sinn, mit jener Bezeichnung die Frage: ob die Alt- oder Neukatholiken „die ächten Nachfolger der vor dem Jahre 1870 zu Recht bestehenden katholischen Kirche" sind, entscheiden zu wollen. Wir characterisiren damit nur den Thatbestand, daß die Altkatholiken als eine Minderheit sich von den die Mehrheit bildenden Infallibilisten getrennt haben. Solche Minderheiten Dissidenten zu nennen, ist ziemlich allgemein üblich, und wir vermögen nicht einzusehen, inwiefern darin eine Unrichtigkeit oder gar eine Kränkung gefunden werden könnte. Die Altlutheraner lassen sich das auch ohne Einrede gefallen."

= **Von der badisch-hessischen Grenze,** 16. Nov. Die „Germania" berichtet über die Rede des Oberconsistorialraths Dr. Bachmann bezüglich der Bedeutung der Civilehe für die Christen also: „Die civile Eheschließung sei ein menschlicher Contract mit obrigkeitlicher Erlaubniß, eine gesetzliche Vorschrift, und wenn der Standesbeamte außer der Eintragung der Urkunde in das Register noch etwa eine Ermahnung an die Brautleute richte, sie auffordere, sich die Hände zu reichen u. s. w., so sei dies eine Ueberschreitung der Amtsbefugniß, die sich Jeder verbitten dürfe." Weiter sagt eben derselbe: „es müßte darauf gehalten werden, daß die Brautpaare im gewöhnlichen Rocke zum Standesbeamten gehen, nicht etwa in voller Brauttoillette, wohl gar den Kranz auf dem Kopf und das Gesangbuch unter dem Arm." Einiges hievon dürften auch wir in Baden uns merken: 1) daß die Brautleute nie, wenn es anders möglich ist, den Standesbeamten den Sonntag zur Civilprotokollirung benutzen lassen: 2) daß sie sich's höchlichst verbitten, wenn der Standesbeamte ihnen eine Belehrung darüber ertheilen will, daß die kirchliche Trauung nicht nothwendig wäre, daß diese Nebensache sei, wie dies eifrige Bürgermeister schon gethan haben; 3) daß die Brautpaare womöglich nie vom Rathhaus direkt zur Kirche gehen, sondern daß sie erst nach der Protokollirung des Aktes auf dem Rathhause sich zum Empfang des Sakraments vorbereiten, daß sie einen Unterschied machen zwischen dem Rathhause und der Kirche. Darüber bisweilen die Leute aufzuklären, wäre keine der letzten Aufgaben des Clerus!

* **München.** Der König hat den Ankauf des am Siegesthor gelegenen Bauplatzes für das neue Akademie-Gebäude auf Antrag des Cultusministeriums genehmigt. — Der katholische „Volksfreund" bringt aus der Feder eines hervorragenden Parteimitgliedes fortlaufende Artikel unter dem Titel: „Aus unserem Lager." Dieselben fassen zunächst die letzten Landtagswahlen und die Wünsche in's Auge, welche die katholische Partei an jene Wahlen zu knüpfen geneigt ist; so äußert sich der „Volksfreund" u. A.: „Es ist in gewissem Sinne bei uns Mode geworden, Pessimist zu sein, den gegenwärtigen Verhältnissen das Schlimmste nachzusagen und von der Zukunft das Schlimmste zu befürchten. Dieser Pessimismus lähmt eben so sehr den Geist, wie die Dummheiten der Mode den Leib einschnüren, und er muß als unberechtigt über Bord geworfen werden. Es hat bei uns gefehlt, ja es fehlt noch und zwar hauptsächlich in den Spitzen. Die Männer, die wir im November 1869 als unsere Vertreter auserkoren, haben nicht alle unser Vertrauen gerechtfertigt. Einzelne sind „umgefallen" und andere stehen am Rande und wollen „gut Freund" antworten. Auch im Volke hat es gefehlt. Das bayerische Volk, gut katholisch wie kein anderes, hat trotzdem noch nicht durchweg das volle Verständniß für den Ernst der Lage. Wir haben uns vielfach zu sehr an die Negation gewöhnt und vergessen, daß, wer im Leben Geltung haben will, nicht blos verneinen darf, sondern auch aufbauen muß. Alle diese Unvollkommenheiten und Fehler, ja selbst alle Dummheiten, die gemacht worden sind, rechtfertigen indeß in keiner Weise den Pessimismus, der stellenweise in unserem Lager Platz gegriffen hat; im Gegentheil, je ungünstiger die Verhältnisse waren, desto mehr haben wir Grund, mit der Gegenwart zufrieden zu sein und für die Zukunft zu hoffen. Trotz all der Niederlagen, die wir im öffentlichen und im parlamentarischen Leben unter höchst eigenthümlichen und bedenklichen Verhältnissen erlitten haben, sind wir ungebeugt und ungebrochen geblieben und haben als Partei alle Prüfungen siegreich bestanden. Wenn die katholische Partei in Bayern überhaupt zu vernichten wäre, dann wäre dies sicher in der jüngsten Vergangenheit gelungen. Alle Verhältnisse waren gegen uns gelagert und wir selbst haben redlich gegen uns gewüthet, und doch stehen wir heute auf dem Schlachtfeld zahlreicher, entschlossener als je."

Fulda, 15. Novbr. Heute Morgen wurde der aus den Kreisen Fulda, Hünfeld und Hersfeld ausgewiesene Domkaplan Weber von hier in dem zur Dompfarrei gehörigen Filialorte Dietershahn von einem Gensdarmen arretirt und über die Grenze transportirt. Der betreffende Executivbeamte hatte sich im nahen Gehölze verborgen gehalten und von diesem Verstecke aus aufgepaßt. Die eigentliche Verhaftung fand aber erst nach beendigtem Gottesdienste in einem Bauernhause statt. So wären denn die beiden Ausgewiesenen glücklich über die Grenze geschafft.

Aus **Fulda,** 13. Nov., schreibt man der „Köln. Ztg.": „Sicherem Vernehmen nach geht die Regierung mit der Absicht um, das katholische Priesterseminar von Limburg mit demjenigen von Fulda zu vereinigen. Zwei Kasseler Regierungsräthe befinden sich deshalb seit vorgestern in unserer Stadt, um mit dem Bisthumsverweser gegen gewisse Zugeständnisse die desfallsigen Verhandlungen zu pflegen. (Unglaublich!)

Ausland.

* **Paris,** 15. Nov. Heute um 1 Uhr wurde in der Kirche Saint Augustin eine feierliche Messe mit Musik zu Ehren der Ex Kaiserin Eugenie, deren Namenstag ist, gefeiert. Eine große Zahl Bonapartisten, an 8000, hatten sich in und um die Kirche eingefunden. In der Kirche fanden ungefähr 4000 Platz. Fast alle Anwesenden waren mit Veilchensträußchen geschmückt, die von einer Anzahl von Blumen-Verkäuferinnen feilgeboten wurden. Gegen 12 Uhr hatten sich bereits die hervorragenden Persönlichkeiten der bonapartistischen Partei eingefunden, darunter der Ex-Vice-Kaiser Rouher, Walles de la Valette, der frühere Minister des Aeußern, der Herzog von Gramont, der Minister des Aeußern Lachaud, Vertheidiger von Bazaine, Darimont, der mit Emil Olivier zum Imperialismus übergangene Republikaner und Freund von Proudhon, Henri de Pène, der Chefredacteur des Paris-Journal, welches bekanntlich sich äußerlich septennalistisch zeigt, aber im Geheimen die für seinen Chef Redacteur so fetten Tage des Kaiserreichs zurückwünscht, de Lydenne, ein junger, zum Kaiserreich bekehrter Journalist, der alle Vertreter der Presse bat, man möge ihn ja in der Liste der Anwesenden aufführen; die Deputirten Galloni d'Istria, de Bourgoing (der kürzlich in der Nièvre zum Mitglied der Nationalversammlung gewählte ehemalige Stallmeister des verstorbenen Ex Kaisers), Haentjens (Schwiegersohn des Marschalls Magnan, der beim Staatsstreich die pariser Armee befehligte), Sens, Levert und der Herzog von Mouchy, der vor acht Tagen in der Oise gewählt wurde, sowie die Journalisten Granier und Paul de Cassagnac, Emil Blavet (vom Gaulois), Duqué de la Fauconnerie (der Director des Ordre), Leonce Dupont und Andere. Der Herzog von Padua, der vor vier Wochen in der Seine-et-Oise durchgefallene Candidat, fehlte natürlich auch nicht. Die Damen waren ebenfalls sehr zahlreich vertreten. Sie waren mit Veilchen übersäet. Sie trugen dieselben auf ihren Hüten und ihre Kleider waren vollständig damit bedeckt. Unter der Menge, die sich vor der Kirche befand, herrschte große Begeisterung. **Fast Alle sprachen mit Zuversicht von der Rückkehr des chiselhurster Hofes, die nur noch eine Zeitfrage sei.** Die Polizei war nur schwach vertreten und zeigte sich den Bonapartisten gegenüber äußerst freundlich und demüthig. Die Messe war um 1½ Uhr zu Ende. Das Ave Maria von Gounod wurde zur Erhöhung der Feier gesungen. Nach der Messe verlief sich die Menge schnell. Eine größere Anzahl der „Getreuen" eilte aber nach den telegraphischen Bureaux, um Depeschen nach Chiselhurst zu senden. Man meldet, Duc d'Aumale und der Graf von Paris hätten beim Credit Foucier 6 Millionen auf ihr Grundeigenthum entlehnt. Sie trauen scheints dem Wetter nicht, und als praktische Leute wollen sie ihre Güter nicht zum zweiten Male verlieren. Für das Septennium ist das kein günstiges Anzeichen. Es werden Veränderungen im Kriegsministerium, Befestigungsarbeiten im Osten, Süden und Norden vorgenommen — wegen lauter Friedensaussichten ꝛc. Dupanloup ermahnt in einem Hirtenbrief die conservativen Gruppen zur Einheit ꝛc. Das thut allerdings vor Allem noth.

* **Petersburg,** 12. Novbr. Das „Tagblatt" erfährt aus Petersburg, es sei ein auf das Leben des Zaren gerichteter Anschlag noch rechtzeitig verhindert worden. Dieser Anschlag soll von einer Reihe von Verschwörern gemacht worden sein, die über ganz Rußland verbreitet sind und zumeist junge Leute, auch Söhne höherer Würdenträger, als Genossen haben. Der Zweck dieser Verschwörung wäre, durch eine sociale Revolution einen Umsturz herbeizuführen, ein selbstständiges Klein-Rußland wieder herzustellen, aus dem übrigen Rußland aber eine Republik zu machen. Bereits vor einigen Tagen glaubte man in Lemberg von einem Attentat auf den Selbstherrscher aller Reussen zu wissen, und die Meldung des „Tagblatt" ist vielleicht nur eine Reproduktion der polnischen Fantasie.

Lokales.

Vom Schwarzwald, 10. Nov. Gestern Abend ereignete sich auf der von der sogenannten Kolten-Herberge in Urach nach Waldau führenden Straße ein gräßliches Unglück. Ein Mann, dessen Identität zur Zeit, da ich dieses schreibe, noch nicht festgestellt, der aber sehr wahrscheinlich aus Schwenningen in Württemberg oder Umgegend zu Hause ist, fuhr mit einem beladenen Wagen von der Höhe die Steige herunter gegen Waldau und kam so unglücklich unter den Wagen, daß die Räder demselben quer über den Kopf liefen, was den augenblicklichen Tod zur Folge hatte.

Die Pferde, von dem geladenen Wagen fortgeschoben, liefen mit diesem im Galopp die Steige herunter und leicht hätte ein noch größeres Unglück passiren können, da gerade ein anderes Fuhrwerk die Steige herauf kam. Es kann deßhalb als ein besonderes Glück betrachtet werden, daß dieselben gerade an einer Stelle zusammentrafen, wo die Steige minder steil und der herrenlose Wagen nur noch langsam sich fortbewegte. Wären die 2 Wagen nur eine kurze Strecke weiter oben oder weiter unten zusammengetroffen, so wäre ein weiteres, vielleicht noch größeres Unglück fast unvermeidlich gewesen. Der unten heraufkommende Fuhrmann war es auch, der alsdann den Leichnam des Verunglückten im Blute schwimmend zuerst aufgefunden und von dem Vorgefallenen weitere Meldung gemacht hat. Ueber die Entstehung des Unglücks ist bis jetzt nichts Näheres bekannt.

* In Säckingen führte sich ein junger Reisender zu viel Neuen zu Gemüthe, so daß er erstickte.

Briefkasten.

Nach Waldshut: Uns kam keine Einsendung zu.

Redigirt unter Verantwortlichkeit
von Franz Hiß in Karlsruhe.

Alte und Neue Welt.

Mit Freuden constatiren wir einen glücklichen Fortschritt des katholischen Volkslebens, in der Thatsache, daß die Arbeiten kirchlich-gesinnter Volksschriftsteller und gewandter Künstler durch vorzügliche technische Anstalten und in Händen unternehmender Verleger Sammlung und Wiedergabe in dem großen Kreis des katholischen Volkes finden vermittelst periodischer, illustrirter Unterhaltungsblätter. Dieses Feld gedieh lange nur in akatholischen Händen und die Aussaat war auch fast nur kirchenfeindlich. Erste Unternehmen von muthigen katholischen Verlegern wollten lange nicht aufblühen. Bald durch Mißgriffe der Redaktoren, der Verleger und wohl auch durch zu wenige Theilnahme des Publikums, ermüdeten verschiedene zum Theil schöne Versuche; denn gegenüber der akatholischen Conkurrenz schienen die Anforderungen in Form und Inhalt zu groß, die Anstrengungen in geistigem und anderm Capital zu enorm. Endlich gelang es nach ernsten und schweren Kämpfen der Alten und Neuen Welt in den fleißigen Händen und der technisch vorzüglich ausgerüsteten Druckerei der Gebrüder Benziger in Einsiedeln festen Grund zu finden Vor uns liegt das I. Heft „Alte und Neue Welt" für 1875, neunter Jahrgang in Europa, zehnter in Amerika. Die errungene große Abonnentenzahl erlaubte, wie die Ankündigung und das gut geordnete Heft sagen, eine große Neuerung zu Gunsten der Leser; indem die 12 Hefte auf 16 vermehrt und der Bezug auch in 48 Wochennummern anstatt in Heften freigestellt wurde. Der Preis ist auch für das von 40 auf 52 Seiten erweiterte Heft der unbegreiflich billige von 50 Cts. geblieben; der Inhalt hat in Abwechslung, Gediegenheit und insbesondere auch in vermehrten katholischen Biographieen gewonnen; die Ausstattung in vielen trefflichen Bildern hat sich vermehrt und ist nun eine konkurrenzfähige mit den meisten illustrirten Blättern dieser Art. Der nächste Jahrgang soll 769, statt früher 432 Seiten zählen.

Wenn wir der vielen prächtigen Prämienbilder gedenken, welche „Alte und Neue Welt" zur würdigen Zierde von vielen tausenden katholischer Wohnung verbreite, so müssen wir gestehen, daß die Zeitschrift jeder andern in würdiger Wahl der Vorstellungen und in gediegener künstlerischer Ausführung um ein Beträchtliches voransteht.

Es erscheint uns als glückliches Anzeichen einer neuen vorzüglicheren Redaktion, daß der Text nicht bloß an Umfang, sondern auch an Inhalt gewonnen und daß namentlich nun ein intensiveres kathotisches Leben aus demselben weht, wie es die Gegenwart verlangen und erwarten darf.

Schweizerische Kirchenzeitung. Nr. 38 1874.

Aus allen Theilen der Welt

laufen Aufträge auf das berühmte, mit vielen Illustrationen versehene Buch: Dr. Airy's Naturheilmethode ein, die Verlagshandlung kann den kolossalen Bedarf kaum decken.

Karlsruhe und Ulm. 2.1

Bauarbeiten-Vergebung.

Nachstehende Arbeiten zur Herstellung des kathol. Pfarrhauses und der Oeconomiegebäude zu Ulm, Bezirksamts Oberkirch, sollen zur Ausführung einzeln oder im Ganzen in Accord vergeben werden, und zwar: im Anschlag zu:

Maurer-, Verputz- und Steinhauerarbeit	.	270 fl. 33 kr.
Zimmerarbeit	. . .	78 fl. — kr.
Schreinerarbeit	. . .	113 fl. 30 kr.
Schlosserarbeit	. . .	112 fl. 12 kr.
Blechnerarbeit	. . .	73 fl. 16 kr.
Tüncherarbeit	. . .	225 fl. 2 kr.
Tapezierarbeit	. . .	30 fl. 48 kr.
Hafnerarbeit	. . . .	38 fl. — kr.
	Zus.	941 fl. 21 kr.

Zur Uebernahme lusttragende Handwerker werden eingeladen, ihre, nach Procenten der Kostenberechnung ausgedrückten Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen, schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen, bis spätestens den 25. November d. J., Nachmittags 2 Uhr, bei der katholischen Stiftungscommission Ulm portofrei einzureichen.

Die Kostenberechnungen und Bedingungen sind ebendaselbst zur Einsicht aufgelegt.

Zur Eröffnung der Angebote ist den Bietern der Zutritt gestattet.

Karlsruhe und Ulm, den 16. November 1874.

Erzbischöfl. Bauamt. Katholische Stiftungscommission.

Pohl's illustr. kath. Haus-Kalender für 1875. gr. 8°.

Preis 6 Sgr.

Mit farb. Umschlag und 37 ganz vorzügl. Illustrat., darunter die Porträts der hochw. Oberhirten Preußens, 3 spannende Novellen, vielen andern Artikeln, Notizbuch, nützliche Tabellen. **Von allen kath. Organen sehr günstig beurtheilt. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.**

Bei Franco-Einsendung des Betrages liefert franco 15.9.

Ed. Peter's Verlag in Leipzig.

Verwalter-Stelle-Gesuch.

Ein gebildeter Kaufmann, im Alter von 26 Jahren, welcher in Folge des letzten Feldzug's leidend geworden ist und deßhalb seine begonnene Carrière nicht mehr in dem gewünschten Maßstabe fortsetzen kann, sucht, gestützt auf beste Referenzen sowohl über Fähigkeit als Charakter, eine Stelle als Verwalter auf irgend einem Herrschaftsgute.

Derselbe spricht mehrere Sprachen, war längere Zeit im Bankfache thätig, ist mit den Geldgeschäften wie Buchhaltung durchaus vertraut und würde sich deßhalb ganz besonders als Verwalter eignen.

Ansprüche sehr bescheiden.

Gefällige Offerten befördert unter sub M. 212 die Expedition dieses Blattes.

Auf bevorstehende Festzeit

besonders zu Weihnachtsgeschenken sehr geeignet,

empfiehlt die Kunsthandlung von **Louis Müller,** Luisen-(Bleich)-straße 46 in **Karlsruhe,** ihr reichhaltigstes Lager der besten und feinsten **Oeldruckbilder jeden Genres, prachtvolle religiöse Sujets, Portraits, Jagdstücke, ideale Landschaften und Ansichten nach der Natur, historische und Kriegsbilder.**

Preise äußerst billig! Zahlungserleichterung.

Für Kalender-Verkäufer.

Im Verlage der **Vereins-Druckerei** (A. Schwab) in **Speyer** ist erschienen:

Katholischer Volks-Kalender

für das Jahr 1875.

worin das richtige Verzeichniß der Tage und Monate, der Feier-, Fest- und Fasttage, der Sonnen- und Mondfinsternisse, Wetter- und Bauernregeln, Garten-, Feld-, Wiesen-, Wald- und Wingertsarbeiten, sowie ernste und lustige Erzählungen und Schnurren enthalten sind.

Preis per Stück 4 kr. 3.2.

Bei Abnahme von größeren Partien wird entsprechender Rabatt gewährt.

Medaille Ulm 1871. Schwäbische Industrie-Ausstellung.

Wiener Weltausstellung Anerkennungsdiplom.

Ehrendiplome München 1868, 1871 und 1872. Landw. Ausstellungen.

Für die bestbekannte

Flachs-, Hanf-, Wergspinnerei, Weberei, Zwirnerei und Bleicherei Bäumenheim

Post- und Bahnstation Mertingen, Bayern,

nehmen Flachs, Hanf und Abwerg fortwährend zum Lohnverspinnen, Weben, Zwirnen & Bleichen an, die Herren **M. Müssig** in **Hornbach. J. Bodenweber** in **Karlsruhe.** Wir sichern schnellste und beste Bedienung zu. 6.4.

In der Unterzeichneten ist soeben eingetroffen:

Regensburger

Marien-Kalender

für 1875.

Preis: 15 kr.

An Wiederverkäufer mit Rabatt.

Freiburg. Literarische Anstalt.

Das Institut für kirchliche Malerei

von Fr. Gypen in München

erlaubt sich wiederholt aufmerksam zu machen, daß Kreuzweg-Muster jeder Größe und zu allen Preisen, sowie Cataloge franco zugesandt werden, um den P. T. Käufern den Vergleich mit andern Erzeugnissen zu ermöglichen, bei Anschaffung eines Kreuzweges ist es gewiß vortheilhaft, die Wahl zu haben, um wirklich künstlerisch und erbaulich ausgeführte Gemälde zu erhalten.

Tüchtige 2.1. (172. XI)

Sattler

finden **dauernde** und **lohnende** Beschäftigung.

Frankfurt am Main.

Militair-Effecten-Fabrik

23 Langestraße.

Zwei Kürschnergehülfen, sowie ein **Militär-Mützen-Arbeiter,** finden dauernde Beschäftigung bei 3.3

Gebr. Jungblut in **Kehl.**

Wirthschafts-Verpachtung.

Ein neben dem Bahnhof einer größeren Stadt gelegenes Haus mit großen Oeconomiegebäuden und großem Garten zum Betrieb eines Gasthofes mit Caffee und Gartenwirthschaft vorzüglich geeignet, kann auf 1. Mai kommenden Jahres gepachtet — auch gekauft werden. — Anfragen wollen längstens bis Ende dieses Monats gemacht werden. Das Nähere bei Herrn Auctionator **Rupp,** Langestraße Nr. 130 in **Karlsruhe.** 3.3.

Kapital-Antrag.

Aus dem Simultankirchenbaulastenfond **Wagenstadt** (Station Kenzingen) liegen **400 fl.** gegen gesetzliche Versicherung zum Ausleihen bereit.

Die katholische Stiftungskommission.

Für **Brust-** und **Hustenleidende** ist **Mayer'scher weißer Brust-Syrup** das beste und billigste Heilmittel. Stets echt vorräthig bei: **Th. Brugier** in **Karlsruhe,** Waldstraße 10. F. Adrian in Freiburg. Eug. Walter in Schönwald. Wilh. Mutterer in Krotzingen. G. A. Herbst in Breisach. Gebr. Kern in Furtwangen. Th. Weber in Ettenheim. 33

Geburten.

12. „ Emma Georgine, Vater Karl Weiser, Hofschauspieler
12. „ Markus, Vater Isaak Fellmann, Handelsmann.

Eheschließungen.

14. Nov. Ernst Riesche von Gera, Schieferdecker, mit Johanna Zwickel von Adelshofen.
14. „ Fridolin Bilger von Waldulm, Gehilfe, mit Christine Käfer von Hohenwettersbach.
14. „ David Hutt von Schluchtern, Schuhmacher, mit Marie Siegel von Hügelsheim.
15. „ Ludwig Böhrer von Hainstadt, Zinngießer, mit Katharine Scheuermann von Reichenbuch.
14. „ Georg Schuhmacher von Grötzingen, Schlosser, mit Amalie Heintz von hier.
14. „ Michael Frisch von Aschaffenburg, Schlosser, mit Luise Baumann von Gondelsheim.
14. „ Wilhelm Lipp von Constanz, Revident, mit Friederike Schütz von hier.
14. „ Eduard Reustle von hier, Tapezier, mit Christine Friebolin von Grünwettersbach.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 17. Nov.

Staatspapiere.	pr. comptant.	
Preußen 4 1/2% Consol. Oblig.	105 3/8	G
4 1/2% do.	—	P
4% do.	12	G
Baden 5% Obligationen	104 7/8	b
4 1/2% do.	101/2	G
4% do.	98 1/4	b
3 1/2% do. v. 1842	93	b
Bayern 4 1/2% Obl. (Zins 1jähr.)	—	G
4 1/2% „ 1856 Zs. 1/2jähr	102 1/2	P
4% „ „ 1jähr.	97 3/4	P
Württemberg 5% Obligationen	105 1/4	G
4 1/2% „	101 7/8	P
4% „	98	G
Nassau 4 1/2% Obligationen	98 7/8	G
3 1/2% do.	94	G
Sachsen 5% do.	105 7/8	G
Gotha 5% do.	102 1/2	G
Gr. Hessen 5% do.	98 3/4	G
4% do.	97 1/2	P
Oesterr. 5% Silberrente Z. 4 1/2%	68 3/8	b
4% Papierrente Z. 4 1/2%	—	b
do. do.	64 1/8	G
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	74 3/4	b
Rußland 5% Oblig. v. 1871	98	P

Rußland 5% Obligationen v. 1872	98 1/4	G
Belgien 4 1/2% Obligationen	103	G
Schweden 4 1/2% Oblig. in Thaler	99 1/4	b
Schweiz 4 1/2% Berner Obligationen	99	G
4 1/2% „ „	99	b
N.-Amerika 6% Bonds 1881r v. 1864	97 3/4	b
6% „ 1885r v. 1865	101 1/8	b
5% „ 1904r 10/40 1864	98 3/8	G
Spanien 3% neue Schuld von 1869	17 1/2	G
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	100	G
do. leere.		P
Actien und Prioritäten.		
Badische Bank, 200 Thaler	115 5/8	P
3% Frankfurter Bank, fl. 500	149	b
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	389	G
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 R.	1049	G
5% do. Creditactien, fl. 160	244	[illegible]
Stuttgarter Bank	88	[illegible]
5% Elisabethbahn, fl. 200	204 1/2	G
5% Rudolphsbahn, fl. 200	158 1/2	G
4% Ludwigshafen-Bexbacher-E. fl. 500	183	G
4 1/2% Bayerische Ostbahn, fl. 200	109 1/2	G
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	132 1/2	b
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	320	b

5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	87 1/4	G
3% do. do.	50 1/8	b
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	87 1/8	G
5% do. do. 2. Emiss.	84 3/4	G
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	85 3/4	b
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	63 1/4	G
5% Hessische Ludwigsbahn	103 7/8	G
5% Pfälzische Ludwigsb. (Bexbach.)	104 1/2	G
6% Central Pacific, rückz. 1898	—	P
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	71	G
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	50	P
Anlehens-Loose.		
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	118 1/8	P
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	117 3/8	P
Badische 35-fl.-Loose	72 3/8	b
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	24	b
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	237	G
„ 25-fl.-Loose	61	b
Kurhessische 40-Thaler-Loose	76 7/8	b
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	—	
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	104 3/4	P
„ 5% 500 do. do. 1860	107 1/2	b
„ 100-fl.-Loose do. 186[illegible]	1[illegible]2 3/4	G
Schwedische 10-Thaler-Loose		P

Finnländer 10-Thlr.-Loose	—	b
Meininger 7-fl.-Loose	—	G
Wechsel-Cours.		
Amsterdam k. S.	101	b
Augsburg „	100	P
Berlin „	104 7/8	G
Bremen „	105 1/8	P
Brüssel „	95	G
Hamburg „	105 3/8	b
Leipzig „	105	P
London „	119 1/2	b
Mailand „	—	b
Paris „	95 1/8	G
Wien „	107 1/8	b
Gold und Silber.		
Pistolen	fl. 9.40—42	
Holländ. 10-fl.-St.	„ 9.49—51	
Ducaten	„ 5.34—36	
20-Frankenstücke	„ 9.30 1/2—31 1/2	
Engl. Sovereigns	„ 11.57—59	
Russ. Imperiale	„ 9.48—50	
Dollars in Gold	2.26—27	

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: L. Großmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 20.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg